

Höchste Zeit für eine große Steuerreform: „Rise Like a Phoenix“

Gastkommentar. Wenn die Große Koalition so weiterwurstelt wie bisher, ist sie erledigt.

VON CHRISTIAN BUCHMANN

Es reicht! Zunehmend jetzt auch dem Wahlvolk. Das Wort vom Steuerboykott, vom Steuerterror, vom staatlichen Raubrittertum, von den Wegelagerern am Ballhausplatz macht die Runde – quer durch die Republik.

Ja, was ist denn geschehen? Bekommt der Staat etwa zu wenig Geld? Ganz im Gegenteil: Bürgerinnen und Bürger liefern ab wie nie zuvor! Die Staatsquote ist auf über 45 Prozent angehoben worden, womit wir im europäischen Spitzenfeld liegen und sogar den bisherigen Vorreiter Schweden überholt haben. Die Gesamtabgabenlast hat sogar die rote Linie der 50-Prozent-Marke überschritten.

Die kalte Progression lässt die Einkommen der Arbeitnehmer seit Jahren stagnieren, und die horrenden Sozialabgaben rauben den Unternehmern nicht nur den Nerv, sondern immer mehr die Freude an mutigen Zukunftsinvestitionen. Die Empörung wächst aber, weil trotz dieser enormen Abkassiererei auch noch die Schuldenberge der Republik Jahr für Jahr wachsen!

Schlimmer noch: Die Verwendung der enormen Geldmenge wird immer fragwürdiger! So ist weithin bekannt, dass Österreich für das Bildungssystem und die Familienförderung so viel Geld ausgibt wie kaum ein anderes Land in Europa. Die Ergebnisse dieser Politik stehen aber im krassen Widerspruch zum Mitteleinsatz.

Ein Blockbuster muss her

Was also wäre jetzt zu tun?

► Erstens: Jetzt geht es um einen Blockbuster, nicht mehr nur um ein kleines Spielfilmchen. Es geht um eine große Steuerreform, die nur mit einer grundlegenden Staatsreform machbar ist. Mit Klein-Klein geht gar nichts mehr.

► Zweitens: Damit ist auch geklärt, ob wir uns das leisten können! Ja, selbstverständlich – und zwar ganz ohne neue Steuern! Und eigentlich auch ganz ohne neue Kommissionen, Arbeitskreise und Beschäftigungshofräte! Es gibt mittlerweile tonnenweise exzellente konkrete

Vorschläge, erarbeitet über die vergangenen Jahre, sogar Jahrzehnte: vom Rechnungshof, vom Wifo, vom IHS, gebündelt in den mittlerweile legendären „599 Reformvorschlägen“.

Klientelpolitik beenden

Für einen ersten Schritt ist genügend Manövriermasse beim 15-Milliarden-Förderbudget (das Doppelte des EU-Durchschnitts!) vorhanden. Mittelfristig greifen jedenfalls die Aufgaben- und Strukturformen. Denn wie jetzt auch der Herr Bundespräsident definitiv feststellte, muss es endlich zu einer tiefgreifenden Verfassungs- und damit auch zu einer Föderalismusreform kommen.

Dabei ist notwendig, dass es zu einer klaren Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kommt. Wobei letztlich die Gesetzgebung fast ausschließlich beim Bund angesiedelt sein soll und die Verwaltung ebenso fast ausschließlich auf Länder- und Gemeindeebene.

Das einzige Problem bei diesem ganzen Szenario ist: Es muss endlich gehandelt werden – und zwar ohne Rücksicht auf bisherige Klientelpolitik. Gewiss, das ist ziemlich unlustig und kann die Regierung sogar aushebeln. Aber wenn sie so wie bisher weiterwurstelt, ist sie sowieso erledigt!

► Drittens: Bleibt noch die heftig diskutierte Frage nach dem Zeitplan. Wenn endlich ein großer Wurf gelänge, kommt es nicht darauf an, ob das Meisterwerk 2015 oder 2016 in Kraft tritt. Was aber gar nicht geht, ist ein Vertrösten auf St. Nimmerlein. Daher sollte noch in diesem Sommer ein genauer Zeit- und Maßnahmenplan das Licht der Öffentlichkeit erblicken! Das sollte dann reichen. Und bei kraftvoller, überzeugender Arbeit, könnte sogar diese Regierung am Ende noch „rise like a phoenix“!

Christian Buchmann (*1962 in Graz) studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Seit 2005 ist er Wirtschaftslandesrat in der Steiermark.

E-Mails an: debatte@diepresse.com